

Chart of the Week

Krise in Nahost

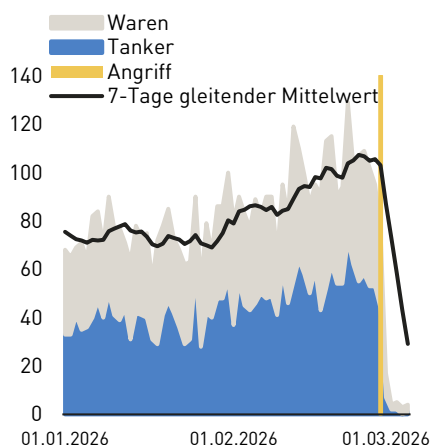
Energiepreisentwicklung befeuert Unsicherheit

Am 28. Februar 2026 griffen die USA und Israel den Iran mit einem koordinierten Luftangriff an. Der Iran reagierte darauf mit massiven Gegenschlägen und attackierte sowohl mit den USA verbündete Staaten wie Katar und Bahrain als auch unmittelbar militärische Infrastrukturen der Vereinigten Staaten. Zudem drohte das iranische Regime mit dem Angriff auf Schiffe, die die Straße von Hormus passieren würden, was de facto zu einem Verkehrsstopp der Frachtschifffahrt geführt hat. In unmittelbarer Folge kam es zu einem massiven Anstieg der Rohölpreise. Bei Öffnung der Märkte am 9. März 2026 belief sich der Barrelpreis auf 98 USD. Auch Die Erdgas-Futures stiegen sprunghaft und bewegen sich auf ein Drei-Jahres-Hoch. Die Stilllegung der Ras-Laffan-LNG-Anlage in Katar sowie russische Warnungen über mögliche Exportstopps verstärken die Unsicherheit am Markt. Infolge dieser Eskalation stieg der geopolitische Risikoindex auf rund 600 Punkte – der höchste Wert seit den Terroranschlägen auf das World Trade Center im Jahr 2001.

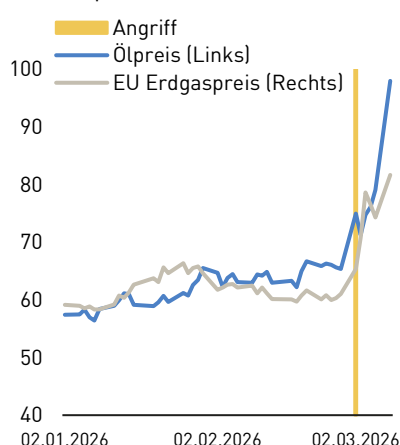
Nahost-Konflikt birgt erhebliches ökonomisches Störpotenzial für die Weltwirtschaft

(1) Verkehr in der Straße von Hormus

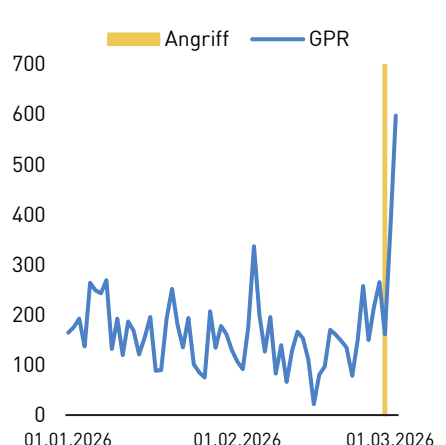
Anzahl an Schiffen

**(2) Ölpreis, EU-Erdgaspreis**

Dollar pro Barrel, EUR/MWh

**(3) Geopolitischer Risikoindikator**

Index, 1985=100



Quellen: [1] IMF, [2] Trading Economics, [3] Caldara und Iacoviello (2022).

Derzeit lässt sich noch nicht verlässlich abschätzen, wie stark sich der Krieg letztlich auf die Weltwirtschaft auswirken wird. Die aktuell deutlich steigenden Preise für Rohöl und Erdgas dürften Konjunktur und Verbraucherpreise vor allem dann spürbar und dauerhaft treffen, wenn hohe Energiepreise über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben. Global gesehen gilt die Faustregel, dass ein Anstieg der Ölpreise um 10 % eine Verringerung der globalen Produktion um 0,1–0,2 % nach sich zieht. Die Energiekrise 2022 nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat zudem gelehrt, dass energieintensive Industrien in Europa dem Anstieg der Energiepreise besonders exponiert gegenüberstehen. In Österreich tragen strukturelle Ursachen dazu bei, dass sich der energiepreisbedingte Kostendruck schnell stark inflationär auswirkt und damit auch die Lohnpolitik unter Druck setzt – mit negativen Auswirkungen für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

FAZIT: Da sich Befürchtungen mehren, dass der Konflikt im Nahen Osten doch nicht so rasch enden könnte wie anfangs gedacht, tritt die Frage nach den ökonomischen Folgen für die Weltwirtschaft stärker in den Vordergrund. Um eine ähnliche Entwicklung wie nach 2022 zu verhindern, sind rasch politische Maßnahmen zu ergreifen, die Marktunsicherheit reduzieren und Versorgungssicherheit gewährleisten. Rückblicke auf historische Krisen wie die Ölkrise der 1970er zeigen, dass koordinierte multilaterale Mechanismen am besten dazu geeignet sind, dramatische Preisverläufe zu dämpfen.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Raphael Terasa
Raphael.Terasa@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 3402
10. März 2026